

Der Nahostfriede ist erreichbar

TRIBÜNE-Interview mit Shimon Peres, Präsident des Staates Israel

TRIBÜNE: Ihr Besuch in Berlin auf Einladung des Bundespräsidenten Horst Köhler wird sicherlich den besonderen Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten vertiefen.

Wie sollte diese Besonderheit jetzt und in der Zukunft zum Ausdruck kommen?

PERES: Die Beziehungen Israels zu Deutschland sind besonderer Art infolge der dunklen und furchtbaren Vergangenheit, von der sie überschattet werden. Es gibt keinen Israeli und keinen Juden, der nicht der grauenvollen Schoah und des Völkermordes gedenkt – denn das Nazi-System wollte ja alles jüdische Leben auslöschen. In den 1950er Jahren beschlossen Konrad Adenauer und David Ben-Gurion, neue Beziehungen zwischen Deutschland und Israel aufzubauen, jedoch ohne das Geschehen der Vergangenheit auszublenden.

Im Laufe der Jahre war Deutschland ein wichtiger Partner, der Israel half, sich in den ihm auferlegten Kriegen zu verteidigen. Die ersten amerikanischen Patton-Panzer kamen aus deutschen Beständen und dort wurden auch die israelischen Panzerfahrer ausgebildet. Auf dem Gebiet der Abwehrraketen waren ebenfalls die Deutschen die ersten, die Israel halfen. Über die sehr wichtige Verteidigungshilfe hinaus arbeiteten Deutschland und Israel auf vielen unterschiedlichen Gebieten zusammen – in Wissenschaft und Technologie, Landwirtschaft, Kultur sowie im Jugend- und Studentenaustausch. Deutsche Regierungen standen im Bemühen um den Frieden auf unserer Seite. Schon oft waren sie aufrichtige Vermittler zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten sowohl bei humanitären Problemen wie der Heimkehr von Gefangenen als auch bei geheim zu haltenden Kontakten einschließlich staatlicher Verhandlungen. Auch künftig werden wir an der Intensivierung der Beziehungen arbeiten, doch die schreckliche Vergangenheit kann nicht vergessen werden.

TRIBÜNE: Aufgrund Ihres weltweit guten Rufes sind Sie – egal, ob in Israel gerade in der Opposition oder in der Regierung – zu einem der wichtigsten »Erklärer« Ihres Landes geworden. Warum glaubt man Ihnen, obwohl in der veröffentlichten Meinung meistens Israel allein die Schuld am Nahostkonflikt gegeben wird?

PERES: Zunächst möchte ich klarstellen, dass ich keine Unterscheidung zwischen meiner Auffassung und der Politik des Staates Israel sehe. Ich diene meinem Staat, meinem Volk



und meinem Heimatland. Weil wir im Recht sind und weil wir wirklich und aufrichtig Frieden erreichen wollen, unterstützt uns die Mehrheit der westlichen Welt. Jedoch stehen in der heutigen Welt die Staaten, die den Terror bekämpfen, solchen gegenüber, die ihm zustimmen oder ihn sogar unterstützen – wenn auch bisweilen auf Umwegen. Deutschland und Israel befinden sich im gleichen Lager, nämlich dem, das den Terror bekämpft und den Frieden ersehnt.

TRIBÜNE: Gewiss wollen Sie den von Jitzhak Rabin eingeschlagenen Weg fortsetzen. Sehen Sie Aussichten zur Umsetzung seines wichtigsten Zieles, das heißt zwei Staaten für zwei Völker, die in guter Nachbarschaft leben?

PERES: Zweifellos ist die Zwei-Staaten-Lösung für unsere beiden Völker möglich. Die Parameter einer solchen Vereinbarung sind den Partnern hinreichend klar, jedoch schriftlich nicht leicht zu dokumentieren. Doch sogar dafür sehe ich in absehbarer Zeit gute Chancen. Parallel zu den politischen Verhandlungen muss aber auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet vorangeschritten werden. Politische Verhandlungen befassen sich mit den Grenzen, während wirtschaftliche Aussprachen sich den Beziehungen widmen. Sobald dies gute Beziehungen sind, werden Fragen der Grenzen mehr und mehr nebensächlich sein. Auch die politische Wende in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ging mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Hand in Hand. Der Aufbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war doch jener Wendepunkt, der ein anderes Europa nach endlosen blutigen Kriegen geschaffen hat. Auch im Nahen Osten kann und wird dies möglich sein.

TRIBÜNE: Wie es derzeit scheint, wird jedoch entlang den Linien von 1967 – gewiss aber entlang des Gazastreifens – noch lange ein Grenzzaun erforderlich sein. Wie könnte dieser Zaun fallen wie die Mauer in Berlin fiel? Und wie könnte der Traum von einem neuen Nahen Osten wahr werden, der in seinem Aufbau der Europäischen Union gleicht?

PERES: Ohne jeden Zweifel gehört die Zukunft einem Nahen Osten mit Beziehungen neuer Art. Wie schon erwähnt, muss neben politischen Fortschritten schnellstens die wirtschaftliche Zusammenarbeit verbessert werden. Die Palästinenser müssen diesen positiven Wandel in ihrem Alltag spüren. Das ist möglich, sobald ihr Lebensstandard steigt. Auf multilateraler Ebene, also zwischen Israel und den Palästinensern einerseits und anderen Partnern auf der anderen Seite, gibt es derzeit vier sehr viel versprechende Projekte. Den Aufbau einer Agro-Industrie in Jericho wollen die Japaner finanzieren. Über ein Zentrum der Textilindustrie wurde mit dem türkischen Präsidenten Gül beraten. Ebenfalls auf eine türkische Initiative hin sollen am Abhang der Gilboa-Berge ein Ausbildungszentrum und ein Krankenhaus gebaut werden. Erst vor kurzem sprach ich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Absicht einer deutschen Initiative, in Jenin ein Industriegebiet aufzubauen. Jetzt müssen noch bürokratische Hürden bewältigt werden, um handeln zu können. Eine Fläche wurde schon gefunden, die israelische Regierung ist zur Mithilfe bereit, die Planung und der gute Wille der deutschen Regierung bestehen und die Palästinenser sind bereit. Die Schaffung von zehntausenden neuer Arbeitsplätze, die die Wirtschaft ankurbeln, wird die Lebenssituation aller verbessern und die politischen Verhandlungen neu beleben. Auf trilateraler Ebene, also zusammen mit Jordanien, geht es um das Projekt »Friedenstal« mit dem Bau eines Wasserkanals vom Roten Meer (Akaba/Eilat) zum Toten Meer. Dieser Kanal wird Meerwasserentsalzung, alternative Energieproduktion, intensivere Landwirtschaft und mehr Tourismus ermöglichen. Die globale Wirtschaft zeigt großes Interesse an dem Projekt und ist zu Investitionen bereit. Vor allem aber müsste Europa mit beiden Füßen in die Vorhaben einsteigen: Industrieparks in den Palästinensergebieten und entlang der Grenze zwischen Israel und Jordanien. Zum »Friedenstal« kommt die Wiederaufnahme des Kupferabbaus

hinzu, künftig zu beiden Seiten der Grenze, also mit höherer Rentabilität. Der Bau eines internationalen Flughafens in Akaba wird mehr Touristen bringen, die sowohl die Nabatäer-Felsnekropole von Petra als auch die Herodes-Festung von Massada besuchen können. Sogar die Vision einer Union der Mittelmeerstaaten wäre möglich und so durchführbar, wie es Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy beraten haben. Alles in allem könnte es so einen neuen Nahen Osten geben, in dem Probleme wie Wassermangel, Energieversorgung und Flüchtlingselend gemeinsam gelöst werden.

Aus dem Hebräischen übersetzte Ilan Hameiri

Israel hat im Laufe der Jahrzehnte gelernt, Friedensmöglichkeiten und -aussichten mit Vorsicht zu bewerten. Dass der Wunsch nach Frieden keine Narrenutopie sein muss, führten Begin und Sadat zum ersten Male vor über fünfzehn Jahren einer, mit Ausnahme der USA, besserwissend-ironisch lächelnden Welt vor Augen. Nicht alle inhaltlichen Vorstellungen, die beide Seiten damals hegten, sind in Erfüllung gegangen, aber die solide Basis der Abkommen von Camp David hat sich auch in Krisenzeiten voll und ganz bewährt.

Yohanan Meroz, 1974 bis 1981 Botschafter des Staates Israel in Deutschland,
in TRIBÜNE-Heft 125 (März 1993), S. 108